



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

18. Mai 2021

Nr. 2021-279 R-720-12 Interpellation Urs Kieliger, Erstfeld, zur Streichung von 49 Cargo National-Lokführerstellen in Arth-Goldau; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 16. Dezember 2020 hat Landrat Urs Kieliger, Erstfeld, zusammen mit weiteren Zweitunterzeichnenden eine Interpellation zur Streichung von 49 Cargo National-Lokführerstellen in Arth Goldau eingereicht.

Die SBB Cargo AG schliesst auf den Fahrplanwechsel 2022/2023 ihren Lokführerstandort in Arth-Goldau. Von dieser Schliessung sind rund 33 Urner Cargo-Lokführer betroffen, die zwischen Uri und Arth-Goldau pendeln. Der Interpellant führt an, dass noch im Herbst 2019 der ehemalige CEO von SBB Cargo die Aussage gemacht habe, dass der Standort Arth-Goldau auch weiterhin gebraucht werde. Aufgrund von Personalwechseln in strategisch wichtigen Positionen würden aber offenbar solche Entscheide nach kurzer Zeit wieder «über den Haufen geworfen», was im vorliegenden Fall besonders negative Auswirkungen auf den Bahnstandort Uri und insbesondere die Gemeinde Erstfeld habe. Mit dem definitiven Schliessungsentscheid der SBB Cargo AG falle die Möglichkeit für die Urner Mitarbeitenden faktisch weg, weiterhin als Cargo-Lokführer zu arbeiten und trotzdem in Uri wohnhaft zu bleiben, da ein Pendeln zu anderen, weiter entfernten Cargo-Standorten unmöglich würde. Der Kanton Uri verliere dadurch weitere Arbeitsplätze.

Der Interpellant führt weiter an, dass die Begründung von SBB Cargo, wonach im Güterverkehr «von Grenze zu Grenze» produziert werden soll, von SBB Cargo selber nicht konsequent gelebt werde. Am Cargo International Standort in Bellinzona sei auch künftig für den nationalen Bereich ein Standort vorgesehen, um Führerwechsel vorzunehmen.

Die Interpellation verweist auch auf das Projekt «Perspektive Erstfeld», in dem sich der Kanton Uri und die Gemeinde Erstfeld zusammen mit der SBB und der Südostbahn AG (SOB) Gedanken über die weiteren Bahnentwicklungen im Kanton Uri machen und auch Arbeitsplatzperspektiven für den Standort Erstfeld entwickeln würden. Mit dem aktuellen Entscheid der SBB Cargo würden - so der Interpellant - alle Bemühungen dieser Gruppe zunichtegemacht. Die Hoffnung, dass die SBB als ein de-facto Bundesbetrieb ihre nationale Verantwortung auch in kleineren Kantonen wie Uri wahrnehme, würde zerstört.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich für den SBB Cargo National Standort in der Zentralschweiz einzusetzen und damit mögliche Arbeitsplätze für den Kanton Uri zu sichern.

Gestützt auf Artikel 127 ff. der Geschäftsordnung des Landrats (GO; RB 2.3121) stellt der Interpellant dem Urner Regierungsrat fünf Fragen, die nachfolgend beantwortet werden.

II. Vorbemerkung

Per Fahrplanwechsel 2020/2021 wurde mit der Eröffnung des Ceneritunnels die NEAT vollendet. Dieser Schritt hat auch Auswirkungen auf den Güterverkehr in der Schweiz. Die Lokführerwechsel werden neu an den Grenzpunkten in Basel und Chiasso vorgenommen - die Halte in Arth-Goldau sind betrieblich laut SBB Cargo nicht mehr nötig. Bis 2022 kann SBB Cargo Halte in der Zentralschweiz weiterhin sicherstellen. Spätestens per Ende 2022 soll der Standort in Arth-Goldau geschlossen werden.

Vom Stellenabbau in Arth-Goldau sind 45 Lokführerstellen betroffen. 33 Lokführer sind im Kanton Uri wohnhaft. Die SBB hat den betroffenen Lokführern beim SBB Personenverkehr, bei SBB Cargo International, in anderen Cargo-Depots sowie bei der Südostbahn AG (SOB) neue Stellen angeboten. Abgangentschädigungen sind nicht vorgesehen.

Die SBB Cargo AG ist eine eigenständige SBB Konzerngesellschaft. Die SBB AG ist mit 65 Prozent Mehrheitsaktionärin. Die Swiss Combi AG - bestehend aus den Logistikdienstleistern Planzer Holding AG, Camion Transport AG, Bertschi AG und Galliker Holding AG - hält 35 Prozent der SBB Cargo AG.

III. Zu den gestellten Fragen

1. *Wann wurde der Regierungsrat das erste Mal mit der Schliessung des SBB Cargo National-Standorts in Arth-Goldau konfrontiert?*

Die Volkswirtschaftsdirektion Uri wurde am 9. November 2020 in einem Videocall von der Leiterin Produktion SBB Cargo, Isabelle Betschart, und der Leiterin der SBB Region Ost, Daria Martinoni, über die Schliessung des Standorts Arth-Goldau informiert. Der Volkswirtschaftsdirektor hat dabei sein Unverständnis über den Entscheid bekundet und angekündigt, die Konzernspitze der SBB in dieser Angelegenheit zu kontaktieren. Der Volkswirtschaftsdirektor hat den Gesamtregierungsrat in seiner Sitzung vom 10. November 2020 über das Gespräch vom 9. November 2020 in Kenntnis gesetzt.

2. *Ist der Regierungsrat gewillt gegen diesen erneuten Abbau von SBB Arbeitsplätzen in der Zentralschweiz anzutreten?*

Der Regierungsrat engagiert sich seit Jahren gegen den Abbau von SBB-Arbeitsplätzen in der Zentralschweiz, im Besonderen im Kanton Uri. Gegen die Schliessung des Cargo-Standorts Arth-Goldau hat der Regierungsrat in den vergangenen Monaten an verschiedensten Stellen interveniert. Er ist dazu auch in Kontakt mit der Führungsspitze von SBB und SBB Cargo getreten (siehe Antwort Frage 3).

Die Volkswirtschaftsdirektion hat auch mit dem Gemeinderat Erstfeld, der sich in dieser Sache stark engagiert, Gespräche geführt. Mehr als ein Drittel der Urner Mitarbeitenden, die ihren Arbeitsort

durch die Schliessung verlieren, wohnt in Erstfeld. Der Regierungsrat unterstützt deshalb das Engagement des Gemeinderats gegen die Massnahme explizit.

3. *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat sich gegen diesen Abbau zu wehren, respektive ist der Regierungsrat gewillt auf höchster politischer Ebene und Konzernspitze der SBB dagegen zu intervenieren?*

Gegen die Schliessung des Cargo-Standorts Arth-Goldau wurde bereits frühzeitig bei der SBB-Spitze interveniert. Am 14. Januar 2021 hat eine Delegation des Regierungsrats mit dem CEO der SBB, Vincent Ducrot, und dem Leiter von SBB-Infrastruktur, Peter Kummer, ein persönliches Gespräch dazu geführt. Die Regierungsvertretung hat dabei die Schliessung des Cargo-Standorts in Arth-Goldau unmissverständlich beanstandet und sie als ein weiterer Tatbeweis des fortschreitenden Stellenabbaus der SBB im Kanton Uri bezeichnet. Seitens der SBB hat man darauf hingewiesen, dass SBB Cargo ihre unternehmerischen Entscheide unabhängig vom Mutterhaus fälle und man darauf keinen Einfluss habe.

Am 1. Februar 2021 fand ein persönlicher Austausch der Volkswirtschaftsdirektion mit der CEO von SBB Cargo, Désirée Baer, und der SBB-Regionenleiterin Ost, Daria Martinoni, statt. Der Volkswirtschaftsdirektor hat auch bei dieser Gelegenheit sein Unverständnis gegenüber der Schliessungsmassnahme bekundet und Antworten zu verschiedenen Fragen eingefordert. Die Gespräche haben letztlich aber aufgezeigt, dass eine Aufhebung des Entscheids für SBB Cargo keine Option ist. Die CEO von SBB Cargo wies vor allem auf den politischen Auftrag zur Liberalisierung des Güterverkehrs und auf den Druck zu mehr (Eigen-)Wirtschaftlichkeit hin. Diese Vorgaben würden das nationale Gütergeschäft sehr schwierig machen, die Folge seien Optimierungen auf allen Ebenen: in der Produktion des Güterverkehrs, beim Netzangebot, in der Logistik oder beim Personal. Unternehmerische und betriebswirtschaftliche Überlegungen stünden für SBB Cargo aufgrund der politischen Vorgabe zur Selbstfinanzierung deshalb vor regionalpolitischen Überlegungen.

Der Regierungsrat kann den unternehmerischen Entscheid von SBB Cargo nicht rückgängig machen. Umso mehr steht für ihn die künftige Sicherung oder Schaffung von Bahnarbeitsplätzen im Kanton Uri im Vordergrund. Er nutzt dazu verschiedene «Hebel» der Einflussnahme, z. B. im Zusammenhang mit der Rekonzessionierung der SBB-Kraftwerke, als Standortkanton wichtiger Bahninfrastrukturen der Nord-Süd-Achse oder über seine Rolle im Projekt «Perspektive Erstfeld», wo in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Erstfeld, der SBB und der SOB Handlungsoptionen für eine günstige Entwicklung des Bahnstandorts Uri bzw. Erstfeld entwickelt werden (vgl. Antwort zu Frage 5).

4. *Wie beurteilt der Regierungsrat den Kahlschlag bei hochsubventionierten Bundesarbeitsplätzen (RUAG, SBB, etc.) in den letzten Jahren in Uri? Wie gedenkt der Regierungsrat sich für eine gerechte Verteilung von solchen Arbeitsplätzen auch in Kantonen wie Uri stark zu machen?*

Der Regierungsrat stellt fest, dass die einst wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung der (ehemaligen) Bundesbetriebe im Kanton Uri durch den Abbau von Arbeitsstellen, Produktionskapazitäten und Dienstleistungen seit Jahren schwindet. Der Kanton Uri ist seit Jahrzehnten ein guter und verlässlicher Partner für die Bundesbetriebe, im Gegenzug haben diese im Kanton Uri auch für Entwicklung und Wohlstand gesorgt. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Bundesbetriebe nach wie vor

wichtig sind für den Kanton Uri und dass sie auch eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und den Arbeitnehmenden tragen, die ihren Erfolg letztlich ermöglichen. In bilateralen Gesprächen mit den Bundesbetrieben wird auf diese Verantwortung hingewiesen. Es gilt deshalb, die Zusammenarbeit mit den Bundesbetrieben weiterhin zu pflegen und zu festigen, damit die Arbeitsplätze auch in strukturschwachen Regionen erhalten werden können. Es gilt aber auch, die Chancen aus Veränderungsprozessen aktiv zu nutzen und die Abhängigkeit von den Bundesbetrieben durch den Ausbau wertschöpfungsstarker, innovativer Arbeitsplätze zu vermindern. Der Regierungsrat hat dazu in seinem Regierungsprogramm 2020 bis 2024+ die entsprechenden Zielsetzungen festgelegt.

5. *Welche Chancen gibt der Regierungsrat dem Projekt «Perspektive Erstfeld», wenn während diesen Gesprächen die SBB solche Entscheide fällt?*

Der Regierungsrat ist nach wie vor überzeugt, dass das Projekt «Perspektive Erstfeld» - unabhängig vom Entscheid zum Cargo-Standort Arth-Goldau - einen hohen Nutzen für den Bahnstandort Uri bzw. Erstfeld haben wird. Der Fokus des Projekts ist in die Zukunft gerichtet. Es soll künftige Trends in der Bahnentwicklung aufzeigen und geeignete Massnahmen für eine Neupositionierung oder Umstrukturierung des Bahnstandorts Uri und im Besonderen auch der Gemeinde Erstfeld entwickeln. Diese Zielsetzung erscheint dem Regierungsrat ebenso wichtig wie der Versuch, Bestehendes zu erhalten. Gerade der Cargo-Entscheid zeigt auf, dass sich Veränderungen in der Bahnbranche nicht oder nur schwer aufhalten lassen. Deshalb ist die gemeinsame Befassung mit künftigen Chancen und Potenzialen umso wichtiger. Die «Perspektive Erstfeld» bietet dazu eine sehr gute Gelegenheit, die es weiterhin zu nutzen gilt.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Wirtschaft und öffentlichen Verkehr und Volkswirtschaftsdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor

